

Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/6954

09. 09. 2011

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 5. September 2011

eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

25. Abgeordnete Petra Pau (DIE LINKE.)

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung darüber, dass der Onlineshop „W & B Versand des NPD-Bundesvorstandsmitglieds Thorsten Heise“ (Blick nach rechts.de, 15. Juli 2011) gebrauchte Bekleidung und Ausrüstung der GSG9, der Antiterrorereinheit der Bundespolizei vertreibt, und wie bewertet die Bundesregierung diesen Vorfall?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 7. September 2011

Ausgesonderte Ausrüstungsgegenstände von Einrichtungen der öffentlichen Hand, darunter auch der GSG9 der Bundespolizei, werden über die „VEBEG GmbH“ – eine bundeseigene Treuhandgesellschaft – im Internet zum Verkauf angeboten. Deren Warenkatalog umfasst auch Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände wie Zelte, Schlafsäcke, Jacken, Hemden etc.

Waffen, Waffenteile oder Gegenstände, die der Passiv-Bewaffnung dienen, werden grundsätzlich nicht weiterverkauft.

Vor der Aussonderung von Ausrüstungsgegenständen der Bundespolizei werden grundsätzlich alle Hoheits- und andere Abzeichen entfernt/unkenntlich gemacht. Damit ist nach dem Verkauf durch die VEBEG GmbH eine Zuordnung einzelner Stücke nicht mehr möglich, so dass die Bundesregierung weder bestätigen noch verneinen kann, ob die vom „WB-Versand“ angebotenen Waren ehemals von der GSG9 der Bundespolizei genutzt wurden.

26. Abgeordnete Petra Pau (DIE LINKE.)

Seit wann und in welchem Umfang hat Thorsten Heise gebrauchte Ausrüstungsgegenstände und Bekleidung der GSG9 vertrieben?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 7. September 2011

Thorsten Heise meldete im Oktober 2002 beim zuständigen Gewerbeamt in Heiligenstadt (TH) sein Gewerbe als Großhandel für Bild- und Tonträger, Geschenkartikel und Militärbekleidung an. Auf seiner Vertriebshomepage „WB-Versand“ werden spätestens seit dem Jahr 2006 auch Kleidungs- und Ausrüstungsgegenstände aus angeblichen ausgesonderten Polizei- und Bundeswehrbeständen zum Verkauf angeboten.